

Die Abschaffung der Wehrpflicht für Männer könnte eine Pflicht zum Sozialdienst für alle, auch für Frauen, bedingen.

Ing. Otmar Höfler hat eine Benachteiligung der Männer entdeckt. Warum müssen Männer zum Bundesheer oder Zivildienst und Frauen nicht? Der Pressereferent der Parteifreien Gewerkschafter plädiert deshalb für die Einführung der Zivildienstpflicht für Frauen. »Wenn schon wehrpflichtige Männer zwölf Monate Zivildienst in Sozialberufen ohne eine qualifizierte Fachausbildung absolvieren müssen, sollte das nach dem Gleichheitsgrundsatz der Bundesverfassung auch für Frauen gelten«, stellt er in einer Presseaussendung fest. »Durch die Einführung des Zivildienstes für Frauen könnten viele zusätzliche Arbeitsplätze in der Gemeinwirtschaft geschaffen werden«, glaubt der Gewerkschafter. Er vermutet, dass der verpflichtende Zivildienst mehr junge Frauen motivieren könnte, einen Sozialberuf zu ergreifen. So bräuchten sie »keinen Teilzeitjob, sondern hätten einen sicheren Sozialberuf«. Höfler erwartet sich einen weiteren Effekt: »Wir brauchen dann keine ausländischen Arbeitskräfte für die Sozialberufe.«

Das Internetportal »dieStandard.at« konnte Hunderte Reaktionen zu Höflers Wunsch nach Einführung einer Zivildienst-

pflicht für Frauen verzeichnen. Die Wehrpflicht der Männer für die Verteidigung des Staates wurde der Mehrfachbelastung der Frauen durch Kindererziehung, Hausarbeit, Pflege usw. gegenübergestellt. Pro- und Kontrameinungen prallten scharf aufeinander. Auch innerhalb der Parteifreien Gewerkschafter, die sich von der Aussendung ihres Pressereferenten distanzieren. »Das ist die Meinung einer Einzelperson«, betont Heinz Weißmann, der Fraktionsvorsitzende. Otmar Höfler kann mit seiner Idee durchaus einen Erfolg verbuchen: Eine sonst kaum wahrgenommene Minifraktion im Gewerkschaftsbund kam ins Gerede. Zivildienstpflicht für Frauen nur ein Publicity-Gag? Leider nein.

Rotes Kreuz für verpflichtenden Sozialdienst. Auch der Generalsekretär des Roten Kreuzes, Wolfgang Kopetzky, möchte die Frauen mehr in die Pflicht für den Staat nehmen. Er fürchtet, dass eine im Zuge der Bundesheerreform diskutierte Abschaffung der Wehrpflicht den Verzicht auf Zivildienst zur Folge hätte. Eine Entwicklung, die katastrophale Auswirkungen auf die Arbeit zahlreicher Hilfsorganisationen hätte.

Pflegen



Wolfgang Kopetzky, Generalsekretär des Roten Kreuzes Österreich, möchte die Frauen mehr in die Pflicht für den Staat nehmen.

Derzeit sind fast 13.000 Zivildienstler als Billig-Arbeitskräfte im Einsatz, rund 3.000 arbeiten für das Rote Kreuz. Sie verdienen 181,70 Euro pro Monat, wobei einen Teil der Bund zahlt. Ein hauptberuflicher Ersatz für einen Zivildienstler würde laut Generalsekretär Kopetzky das Rote Kreuz jährlich um 13.000 Euro mehr kosten.

Kopetzky stellt die Einführung eines Sozialdienstes für Männer und Frauen zur Diskussion. Ein solcher »Dienst an der Gesellschaft« sei angesichts der Überalterung notwendig. »Der Ersatz für Zivildienstler ist eine Existenzfrage für die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems.« Frauen dürften aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes nicht ausgenommen werden.

Pflegenotstand lindern. Kopetzky erkennt viele Vorteile in seinem radikalen Vorschlag. Der Sozialdienst würde das Grundwertesystem verändern, weil er das soziale Gespür fördert. Zudem würde er andere Berufsbilder eröffnen und den Pflegenotstand mildern.

ÖGB Bundesfrauensekretärin Sylvia Ledwinka erkennt hingegen in der Forderung nach einer Sozialdienstpflicht für alle nur einen Versuch zur Kostensenkung im Pflegebereich. »Der Pflegebereich ist derzeit Frauensache, dafür müssen die Frauen nicht erst gewonnen werden. Allerdings werden die Leistungen nicht oder schlecht bezahlt. Statt diese Tätigkeiten aufzuwerten und attraktiver zu gestalten, wird Ausschau nach billigen Pflegerinnen gehalten.«

Billig wird ein verpflichtender Sozialdienst für alle nicht sein, vermutet der Pressereferent des Roten Kreuzes, Mag. Bernhard

statt schießen

Jany. »Da wird man tief in die Tasche greifen müssen, um eine qualifizierte Begleitung zu ermöglichen.« Statistik Austria rechnet mit rund 51.800 Männern und 49.100 Frauen, die im Jahr 2010 – diesen Zeitpunkt fasst die Heeresreformkommission für ihre Änderungen ins Auge – als 18-Jährige zur Stellungskommission müssten. Davon würden rund 80 Prozent für tauglich erklärt. Dies bedeute, dass dann rund 80.700 Personen einen Einsatzplatz und die entsprechende Einschulung für ihren Sozialdienst brauchen. Derzeit werden jährlich rund 35.000 Burschen für tauglich erklärt.

Auch die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten tritt für einen Sozialdienst für alle ein, wenn die Wehrpflicht fällt.

Zynische Forderung. Die Frauensprecherin der Wiener Grünen, Monika Vana, findet die Forderung nach einem verpflichtenden Sozialdienstjahr für Frauen »zynisch«. Sie verweist darauf, dass Frauen schon jetzt den Hauptteil sozialer Dienste, wie Kindererziehung, Hausarbeit und Pflege, unbezahlt oder zu geringen Löhnen leisten. »Statt über die Finanzierbarkeit sozialer Dienstleistungen nachzudenken und Frauen endlich gleichzustellen, sollen Frauen erneut als billige Reservearmee unter dem Deckmantel ‚Soziales Jahr‘ eingespant werden«, kritisiert Vana.

»Solange Reichtum und Arbeit innerhalb der Gesellschaft so ungleich verteilt sind und die Gleichstellung der Geschlechter noch in weiter Ferne ist, ist es absurd, sich bei der Sozialdienstpflicht für Frauen auf den Gleichheitsgrundsatz zu berufen.« Eine Ansicht, die auch Frauenministerin Maria Rauch-Kalal vertritt. Solange Frau-



Stefan Wallner-Ewald, Generalsekretär der Caritas Österreich, will mehr Motivation zum freiwilligen Sozialeinsatz als Zwang.

en nicht in allen anderen Bereichen gleichgestellt sind, sei der verpflichtende Sozialdienst kein Thema.

Mehr Motivation zum freiwilligen Sozialeinsatz statt Zwang wünscht sich der Generalsekretär der Caritas, Stefan Wallner-Ewald. So könnte AbsolventInnen eines freiwilligen Sozialjahres zum Beispiel die Studiengebühr für zwei Jahre erlassen werden. Junge Leute sollten zur Auseinandersetzung mit sozialen Problemen angeregt, jedoch nicht gezwungen werden. Selbst der Einsatz der Zivildienster beruhe auf der freien Entscheidung, keinen Dienst mit der Waffe zu leisten.

Auch der Wiener Sozialwissenschaftler Prof. Bernd Marin tritt für einen Sozialdienst auf freiwilliger Basis ein. Allerdings als gezielte dienstrechtlich mögliche Unterbrechung eines Arbeitsverhältnisses, die attraktiv gestaltet ist, sozialrechtlich angerechnet und wie der Militärdienst entlohnt wird, vor allem aber einen selbst bereichert.

Steigendes Interesse bei Jugendlichen an freiwilligen Sozialdiensten stellt Beate Gratzter fest; sie ist Mitarbeiterin des Vereins »Grenzenlos«, der internationalen Jugendaustausch fördert. Nach der Matura oder auch nach erfolgreichem Lehrabschluss suchen viele Jugendliche eine Orientierung. Vor allem junge Frauen interessieren sich für Freiwilligendienste im Sozialbereich.

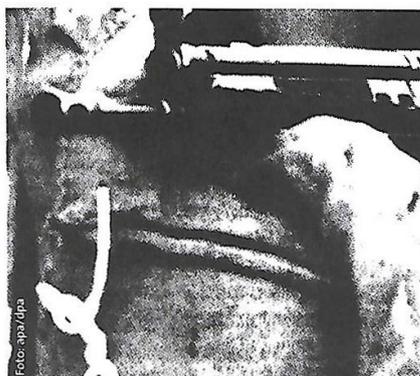


Foto: ap/afpa



Der Dienst beim Heer ist für Frauen freiwillig – sollte ein Sozialdienst verpflichtend für alle sein?



Foto: ktho

Beate Gratzter, Mitarbeiterin des Vereins »Grenzenlos«, stellt ein vermehrtes Interesse Jugendlicher an sozialen Einsätzen fest.

Beate Gratzter erkennt darin aber keine Gefahr für Sozialberufe. »Gerade für das Personal in gemeinnützigen Einrichtungen sind junge Menschen, die sich engagieren, eine große Erleichterung, wenn man an den eklatanten Personalmangel denkt.« Sie hält eine freiwillige Entscheidung zum Sozialdienst für besser als eine Einberufung. Ein verpflichtender Sozialdienst für Frauen ist für Gratzter nur denkbar, wenn ein Versicherungsschutz und eine geringfügige Entlohnung gegeben sind. Mitsprache bei der Frage nach dem Zeitpunkt und dem Einsatzort des Dienstes müsste klar sein. Außerdem dürfe durch diese Dienste in gemeinnützigen Einrichtungen kein Personal abgebaut werden. Ein freiwilliger Sozialdienst sollte auch als Praktikum bei einer späteren Ausbildung in diesem Bereich angerechnet werden.

So könnte die Forderung nach einem Sozialdienst vom Publicity-Gag zur notwendigen Diskussion werden – über die Zukunft des Sozialstaates und die künftige Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen.